

GRIECHENLAND IN DER KRISE

# Die Iren exportieren sich aus dem Rettungsschirm

Anders als Griechenland oder Portugal hat Irland die Talsohle offenbar schon durchschritten

TINA KAISER UND TOBIAS KAISER

Krise? Welche Krise? Bob Savage kann sich vor Arbeit gar nicht retten. Der 48-Jährige leitet die irische Niederlassung des US-Datenspeicherkonzerns EMC in Cork. Sein Job bedeutet für ihn derzeit vor allem eines: Überstunden. „Die Auftragsbücher sind voll, unsere Geschäfte laufen gut“, sagt Savage. Während Irland in den vergangenen Monaten nur noch als möglicher Pleitekandidat von sich reden machte, boomt die irische Exportwirtschaft schon wieder. So stark, dass Ökonomen bereits spekulieren, wann Irland den Euro-Rettungsschirm verlassen könnte.

EMC gehört zu der großen Zahl multinationaler Konzerne aus den USA und anderen Teilen der Welt, die auf der Grünen Insel produzieren, von dort ihre Produkte in die Welt exportieren und so ein Viertel zur irischen Wirtschaftsleistung beitragen. Seit Mitte 2010 nehmen die Ausfuhren rasant zu, zuletzt im April um sechs Prozent gegenüber dem Vor-

ten häufig geärgert, dass gerade die deutsche Presse Irland wie ein verarmtes Land dargestellt habe – „dabei ist die irische Wirtschaftsleistung pro Kopf noch immer höher als die deutsche“.

Angesichts der überraschend guten Entwicklung fassen die Märkte offenbar wieder Vertrauen. „Wir erwarten, dass Irland das erste Land sein wird, das den Euro-Rettungsschirm verlässt“, sagt Christian Schulz, Leitender Volkswirt bei der Berenberg Bank. Tatsächlich ist Irland heute wettbewerbsfähiger als vor der Krise. Hohe Immobilienpreise, Lebenshaltungskosten und Löhne hatten das Land zusehends unattraktiv für Investoren gemacht; allein zwischen 2000 und 2007 verdoppelten sich die Durchschnittslöhne. „Mit der Rezession ist Irland wieder konkurrenzfähig geworden“, sagt EMC-Chef Savage. Er zahle seinen Fachkräften mindestens zehn Prozent weniger als vor vier Jahren.

Wegen der gesunkenen Löhne erholt sich die Wirtschaft allerdings auch ungleichmäßig: Trotz boomender Exporte geben die Verbraucher jeden Monat weniger aus – und das seit dem vergangenen Sommer. Sinkende Löhne und eine hohe Arbeitslosigkeit sorgen dafür, dass die Konsumenten weniger Geld haben.



Ein Demonstrant schwenkt am Mittwoch die griechische Flagge vor dem Parlament in Athen

# Countdown zum Konkurs

Das Athener Parlament hat das zweite Sparpaket verabschiedet. Doch Griechenlands Regierung fehlt das Geld, der Wille und das Mandat, um eine Staatspleite zu verhindern

Die angepeilten hohen Privatisierungserlöse dienen vor allem der Beruhigung der Wähler – in Deutschland. Realistisch sind sie nicht

FLORIAN HASSEL

Sollten Griechenlands Finanzbeamte sich bald über einen wundersamen Schwund der einheimischen Autoflotte wundern, können sie bei den Kollegen in Bulgarien nachfragen. Seit die Behörden die Staatseinnahmen erhöhen wollen, sind die Besitzer von Griechenlands 7,9 Millionen Autos, Lkw und Motorrädern zur Zielscheibe geworden. Sie werden mit einer höheren Benzinsteuer, Autobahnmaut und einer mehrfach angehobenen Kfz-Steuer malträtiert. Dem diese Woche gebilligten Sparpaket zufolge sollen Autobesitzer bis Jahresende eine weitere „Notfallsteuer“ zahlen. Doch ein Ausweg winkt – eine Fahrt ins Nachbarland Bulgarien.

„Wir haben die Lösung: Wechseln Sie auf bulgarische Nummernschilder!“ So zitiert der Informationsdienst „Griechischer Reporter“ einschlägige Angebote. Das Gesamtpaket sei ab 1000 Euro zu haben: eine bulgarische Aufenthaltserlaubnis, Mietvertrag, Bankkonto und Autoversicherung, Steuern und Zulassungsgebühren. Im Norden Griechenlands, so heißt es, hätten bereits Hunderte Landsleute Scheinfirmen im Nachbarland eröffnet, die ebenfalls das Anbringen bulgarischer Nummernschilder und damit

das Umgehen der neuen griechischen Krisenabgaben möglich machen.

Es dürfte nicht der einzige Fall bleiben, in dem Griechenlands neuer sozialistischer Finanzminister Evangelos Venizelos feststellt, dass es schwer ist, die eigene Partei dazu zu bringen, ein Sparpaket zu billigen – aber noch schwieriger, das eingeplante Geld auch wirklich in die Kasse zu bekommen.

Schon Amtsvorgänger Giorgios Papaconstantinou erlitt mit einer auf den ersten Blick bestechenden Idee Schiffbruch. Im ersten Spar- und Steuererhöhungspaket vom Mai 2010 verordnete der Minister, Griechen müssten Ausgaben belegen, wenn sie in den Genuss der vollen Steuerbefreiung aufs Grundeinkommen kommen wollten. Der Minister rechnete mit hohen Mehreinnahmen. Doch die Griechen sammelten so eifrig echte – und wahrscheinlich auch viele falsche – Belege, dass die Finanzämter seit Anfang des Jahres vier von zehn Steuerzahlern Geld zurückerstatten mussten. Statt mehr einzunehmen, buchten die Beamten den Bürgern allein von Januar bis Mai 700 Millionen Euro zurück.

Ist schon zweifelhaft, dass Kürzungen und Steuererhöhungen tatsächlich die geplanten 28 Milliarden Euro in die Kasse bringen, so gilt dies erst recht für das Privatisierungsprogramm – auf dem Papier Athens neuer Dukatenesel. Dem von EU-Kommission und Euro-Partnern durchgesetzten Paket zufolge soll Griechenland bis Ende 2015 Staatseigentum für 50 Milliarden Euro verkaufen.

Das ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil die – einen mächtigen Teil der

Klientel der Regierung bildenden – Gewerkschaftler gegen die Privatisierung ihrer Unternehmen streiken. Im Fall des Strommonopolisten PPC etwa bewiesen streikende Gewerkschafter bereits, dass sie bereit sind, in Griechenland buchstäblich die Lichter ausgehen zu lassen.

In Wahrheit dient die Aussicht auf Privatisierungserlöse in Höhe von mehreren Dutzend Milliarden Euro in erster Linie der Beruhigung der Steuerzahler in Deutschland und anderswo. Noch Ende Februar hielten Experten der EU und des Internationalen Währungsfonds in einem Bericht bis 2015 nur Privatisierungserlöse von 12,5 Milliarden Euro für realistisch.

Bernardo Bortolotti von der Universität Turin erforscht seit mehr als einem Jahrzehnt die Privatisierung von Staatseigentum in aller Welt. Auch sein Urteil lautet: „Es ist für Griechenland unmöglich, durch Privatisierung 50 Milliarden Euro einzunehmen.“ Realistisch seien gut 14 Milliarden Euro – und selbst dies sei „sehr optimistisch geschätzt“. So betrug der Wert der Staatsanteile der 15 börsennotierten griechischen Unternehmen Anfang dieser Woche gerade 6,68 Milliarden Euro, sagt Bortolotti.

Zudem glich der Forscher Angaben über 71 nicht an der Börse notierte Staatsunternehmen mit der europäischen Unternehmens-Datenbank Amadeus ab. Das ernüchternde Ergebnis: „Ihr Wert liegt bei 7,7 Milliarden Euro – und das auch nur, wenn wir Faktoren wie Unternehmensschulden oder Profitabilität nicht berücksichtigen.“ In den vergangenen 20 Jahren habe Griechen-

land nur Staatseigentum für 25 Milliarden Euro privatisiert, sagt Bortolotti. „Und das geschah in einer Boomzeit, unter guten Marktbedingungen, mit viel Zeit. Jetzt steht Griechenland am Rand des Staatsbankrotts. Jeder Eigentümer, dem das Wasser bis zum Hals steht und der schnell verkaufen will, muss beim Preis deutlich runtergehen – das wird in Griechenland nicht anders sein.“

Zwar hat Griechenland auf dem Papier noch umfangreichen Immobilienbesitz. In der Praxis aber fehlen oft gültige Grundbuchtitel. Auf rund 40 Prozent angeblicher Staatsimmobilien erheben Firmen oder Privatleute Anspruch. Ein weiteres Viertel hat einen „fragwürdigen“ legalen Status, gab der damalige Finanzminister Papaconstantinou Anfang 2011 im Parlament zu. Zudem sind die Preise auf Griechenlands Immobilienmarkt im freien Fall. Schon sind gesetzte Ziele verfehlt worden. Im April kündigte der Finanzminister an, im Juni das erste Portfolio mit Staatsimmobilien zum Kauf anzubieten. Die Präsentation wurde verschoben – angeblich auf Dezember.

Und schließlich würde selbst eine erfolgreiche Umsetzung des Sanierungspaketes nur wenig an den dramatisch zunehmenden Schulden ändern. Ende Juni 2009 war Athens Schuldenberg 292 Milliarden Euro hoch, Ende März 2011 nach neuen, offiziellen Angaben schon 354 Milliarden. Nach der Überweisung der nächsten Kredittranche von Euroländern und IWF werden es fast 370 Milliarden Euro sein. Kein Wunder, dass Anleger und Analysten die Wahrscheinlichkeit eines Staatsbankrotts bei 80 Prozent sehen. Allen Sparpaketen und Beteuerungen aus Athen und Berlin, Brüssel und Paris zum Trotz.



ANZEIGE

## Auf einen Kaffee mit Karl Matthäus Schmidt Ein Plädoyer gegen den Herdentrieb



„Ach, was muss man oft von bösen Rating-Agenturen lesen. So zum Beispiel hier von diesen, die S&P und Moody's hießen. Ach, das war ein schlimmes Ding, wie es Griechenland erging.“ So hätte der Dichter Wilhelm Busch in „Max und Moritz“ wohl die Folgen des fahrlässigen Verhaltens der Rating-Agenturen für die Finanzmärkte beschrieben.

Tatsächlich wird derzeit auf die Bonitätsbewerter von allen Seiten eingepöbeln. Denn sie haben den Märkten Streiche gespielt, die Busch bösen Buben nicht besser hätten gelingen können: Die Agenturen bewerteten griechische Papiere selbst dann noch gut, als deren Rendite wegen des hohen Risikos längst im zweistelligen Prozentbereich hätte liegen müssen. Als die Hellenen dagegen endlich die Lösung des Schuldenproblems anpackten, wurden ihre Anleihen auf Ramschniveau heruntergestuft.

Dabei liegt der wahre Skandal weniger in den wackligen Urteilen überfordelter Agenturen. Viel schlimmer ist, dass alle wie gutgläubige Schäfchen deren fragwürdigem Urteil folgen. Statt sich eine eigene fundierte Meinung zu bilden, macht man das, wovon man glaubt, dass die anderen es auch tun: Herdentrieb. Das ist viel schlimmer als bei Max und Moritz. Die haben sich ihre Dummhheiten wenigstens selbst ausgedacht.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der ersten Honorarberaterbank Deutschlands: [www.quirinbank.de](http://www.quirinbank.de)

jahr. Inzwischen exportiert Irland mehr als vor der Finanzkrise.

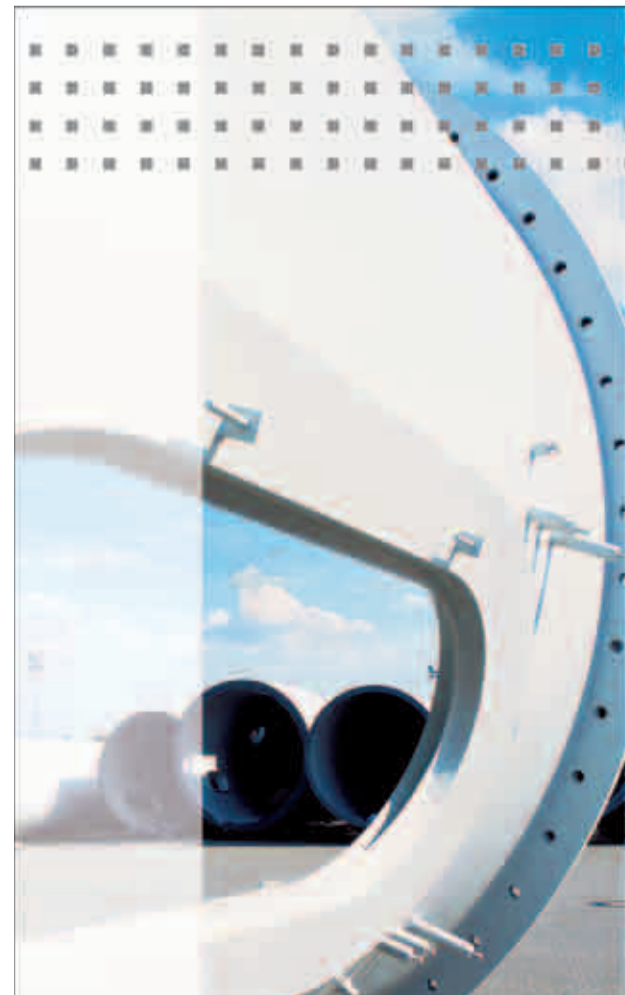
Die Wirtschaft wächst dank des boomenden Exports überraschend stark, im ersten Quartal um 1,3 Prozent. Es war der höchste Zuwachs seit 2007. Ökonomen hatten nur mit einem Plus von einem halben Prozent gerechnet.

Die Entwicklung hilft der Regierung in Dublin, die sich bemüht, auf den Märkten für Vertrauen zu werben. Trotz Finanzkrise und trotz Hilfen aus dem EU-Rettungsschirm sei Irland nicht vergleichbar mit Portugal und Griechenland. Ralf Lissek, Chef der deutsch-irischen Auslandshandelskammer in Dublin, hat sich in den vergangenen Mona-

ten Hinzu kommt die unsichere Lage der Staatsfinanzen. „Alle haben Angst“, sagt John Fitzgerald, ein renommiertes irischer Ökonom. „Die Menschen fürchten um ihren Job und erwarten, dass die Steuern steigen werden.“ Gleichzeitig zahlen die Konsumenten Schulden ab, die sie in den Boomjahren gemacht haben. Fitzgerald erwartet, es werde noch bis 2013 dauern, bis die Menschen wieder mehr ausgeben. Dann erst stünde Irlands Erholung auf zwei Beinen.

Genau rechtzeitig. Denn die Regierung erwartet, dass die Rettungsgelder nur noch bis Ende 2013 reichen. Danach muss sich Dublin wieder selbst auf dem Finanzmarkt Geld besorgen.

ANZEIGE



## Wind. Kraft. Zukunft. Investieren Sie jetzt in Windkraft-Technologie.

Die SIAG Schaaf Industrie AG

- international führender Zulieferer für die Offshore- und Onshore Windkraftindustrie
- langjähriges Technologie-Know-how im Stahlbau
- sehr starke Auftragslage im Wachstumsmarkt Offshore-Windkraft
- eigener Hafenzugang der SIAG Nordseewerke in Emden

SIAG Schaaf Industrie AG  
Burgweg 21 - 23 • 56428 Dernbach  
Phone: +49 (0) 26 02 / 93 40 - 0  
Fax: +49 (0) 26 02 / 93 40 - 199  
Web: [www.sia-group.com](http://www.sia-group.com)

Substanz. Stabilität. Sicherheit.  
Anleihen von SIAG

- Zeichnungsfrist bis zum 08.07.2011
- Einlage ab 1.000 EUR
- Laufzeit 5 Jahre
- Rating durch Standard & Poor's

ISIN DE000A1KRAS1  
Börse Frankfurt Entry Standard

Informations-Center  
Telefon: +49 (0) 89 - 8 89 69 06-14  
E-Mail: [anleihe@siag-group.com](mailto:anleihe@siag-group.com)  
Montag bis Freitag: 9.00 bis 18.00 Uhr



9% Zinsen pro Jahr